

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
18. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Stadt Haan
am Mittwoch, dem 25.01.2023 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
20:30

Vorsitz

Stv. Vincent Endereß

CDU-Fraktion

AM Robert Abel

Stv. Annette Braun-Kohl

Stv. Gerd Holberg

in Vertretung für Stv. Annette Leonhardt

AM Manfred Kupke

Herr Gerhard Rosendahl

in Vertretung für Dr. Anne Selders

SPD-Fraktion

Stv. Jörg Dürr

AM Peter Hackbeil

in Vertretung für Stv. Felix Blossey

Stv. Martin Haesen

AM Ulrich Klaus

WLH-Fraktion

AM Sascha Bornträger

Stv. Meike Lukat

Stv. Nadine Lütz

GAL-Fraktion

AM Jörg-Uwe Pieper

Stv. Andreas Rehm

Stv. Elke Zerhusen-Elker

in Vertretung für Stv. Jochen Sack

FDP-Fraktion

Stv. Dirk Raabe

bis 18:00 Uhr

AM Reinhard Zipper

ab 18:00 Uhr in Vertretung für Stv. Dirk Raabe

Schriftführung

TA Michael Kutscha

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Dr. Rolf Brockmeyer

Behindertenbeauftragte/r

AM Dieter Smolka

Vertreter des Jugendparlamentes

Herr Henrik Giebels

Techn. Beigeordnete

Techn. Beigeordnete Christine-Petra
Schacht

Verwaltung

StOVR'in Doris Abel

Herr Carsten Lehmann

TA Guido Mering

StBR Martin Stolz

StA Kirsten Voosen-Reinhardt

Herr Stefan Greß

VA Carina Elfen

TA Jens Gabe

VA Janine Müller

Herr Klaus-Jürgen Bittermann

VA Dominic Büsselmann

StHS'in Simone Herweg

Der Vorsitzende Vincent Endereß eröffnet um 17:00 Uhr die 18. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

- Stv. Andreas Rehm tritt der Sitzung um 17:02 Uhr bei –

Stefan Greß, neuer Leiter des Gebäudemanagements stellt sich vor.

Öffentliche Sitzung

1./ Bürgerantrag vom 27.08.2022

hier: Verkehrsberuhigter Bereich im Straßenraum Neuer Markt / Dieker Straße

Vorlage: 66/054/2023

Protokoll:

Stv. Anette Braun-Kohl: Die Vorzugsvariante der CDU ist die Variante 2. Allerdings wird darum gebeten die vorhandenen Stellplätze weitestgehend zu erhalten.

Guido Mering: Hinsichtlich der roten Ausgestaltung des Kreuzungspunkts Neuer Markt / Dieker Straße haben wir keine Befürchtungen, dass durch eine rote Pflasterfläche ein Unfallhäufungspunkt hervorgerufen wird. Die Umgestaltung würde jedoch eine Investition in der Größenordnung von 20.000 Euro auslösen.

Elke Zerhusen-Elker: Die Vorzugsvariante der GAL ist die Variante 2. Allerdings wird darum gebeten den Parkraum neu zu sortieren und insgesamt weniger Parkflächen auszuweisen.

Stv. Meike Lukat: Die Vorzugsvariante der WLH ist die Variante 2 mit nachfolgender Ergänzung. Die Verwaltung stellt dem UMA einen Plan zur Umgestaltung des Straßenabschnitts vor. Der Plan verfolgt die Intention Gastronomie, Hotelbetrieb, Fußgänger und Radfahrende zu bevorzugen.

Stv. Jörg Dürr: Die Vorzugsvariante der SPD ist die Variante 2.

Beschlussvorschlag der WLH nach Beratung: Die Verwaltung stellt dem UMA einen Plan zur Umgestaltung des Straßenabschnitts zur Herstellung eines verkehrsberuhigten Bereichs im Straßenraum Neuer Markt / Dieker Straße vor. Der Plan verfolgt die Intention Gastronomie, Hotelbetrieb, Fußgänger und Radfahrende zu bevorzugen.

Beschluss:

Alternative 1: Der Bürgerantrag wird abgelehnt.

Alternative 2: Die Verwaltung wird beauftragt, den Bereich zwischen Brunnen und Dieker Straße als verkehrsberuhigten Bereich auszuweisen.

Alternative 3: Die Verwaltung wird beauftragt, den Bereich zwischen der Zufahrt zu den Tiefgaragen und dem Brunnen Neuer Markt als verkehrsberuhigten Bereich auszuweisen.

Abstimmungsergebnis über den Beschlussvorschlag der WLH:

Ja 15 / Nein 0 / Enthaltung 1
einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis über den Beschlussvorschlag der Vorlage:

Keine Abstimmung.

2./ Nahverkehrsplan der Stadt Solingen, Teilfortschreibung 2022
hier: Beteiligungsverfahren gemäß §9 ÖPNVG NRW, Stellungnahme der
Stadt Haan
Vorlage: 61/064/2023

Beschluss:

Die beigelegte Stellungnahme zum Entwurf der Teilfortschreibung des Nahverkehrsplans der Stadt Solingen wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

3./ E-Scooter in Haan
Vorlage: 61/066/2023

Protokoll:

Hinweis: Diese Vorlage ergänzt Beschlussvorlage 61/061/2022 für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität (UMA) am 22.11.2022. Ende letzten Jahres hatte der Mobilitätsanbieter Bolt, der bereits auch in Düsseldorf, Solingen und Hilden aktiv ist, Kontakt mit der Verwaltung zum Aufbau und Betrieb eines E-Scooter-Leihangebots in Haan aufgenommen. In diesem Zuge wurde der Stadtverwaltung auch ein Entwurf einer Kooperationsvereinbarung zur Verfügung gestellt, die das Unternehmen so, oder in ähnlicher Form im Sinne einer freiwilligen Selbstverpflichtungserklärung bereits in anderen Städten geschlossen habe. Die Intention der Verwaltungsvorlage 61/061/2022 war, den UMA so früh wie möglich in das Vorhaben der Firma Bolt einzubinden und einen Prüfauftrag zu erhalten, in dem auch Sharing_Modelle und Instrumente zur Steuerung eines Angebots in Haan erörtert werden. Im UMA wurde darauf hingewiesen, dass es noch weiteren Klärungsbedarf gibt und der Beratungsgegenstand auch in die Zuständigkeit des Ausschusses für Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten (FOA) falle. Der UMA ist am 22.11.2022 einstimmig dem Vorschlag gefolgt, den Tagesordnungspunkt an den Ausschuss für Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten (FOA) zu verweisen. Da der UMA vor dem FOA tagt, erhält der UMA diese Ergänzungsvorlage zur Kenntnisnahme.

Aus der Diskussion wird deutlich, dass eine klarer Rechtsrahmen für die Nutzung öffentlicher Flächen durch Betreiber von Free-Floating-Systemen geschaffen werden muss. Fehler anderer Städte sollen vermieden werden. Im Besonderen soll im Rahmen einer Sondernutzungssatzung allgemein, also nicht nur mit Hinblick auf E-Scooter, geregelt werden

- wie hoch eine Sondernutzungsgebühr zu entrichten ist
- wo Absperrbereiche und Abstellbereiche ausgewiesen werden können
- dass möglichst keine Lärmemissionen von den E-Kleinstfahrzeugen im Besonderen beim Austausch von Lademodulen erfolgen darf.

Die WLH regt darüber hinaus an, eine Strategie und ein Konzept für die Aufnahme von Free-Floating-Betreibern auf dem Stadtgebiet Haan zu entwickeln. Im Zuge dessen wird darauf hingewiesen, dass zunächst auch ein Konzept für Radabstellanlagen auf dem Stadtgebiet für den privaten Gebrauch entwickelt werden muss, ehe den Betreibern von Free-Floating-Systemen öffentlicher Raum zur Verfügung gestellt wird. Die rechtlichen Rahmenbedingungen in Form einer Satzung für alle Free-Floating-Systeme sollen im Ordnungsausschuss diskutiert werden.

Die GAL schlägt zur weiteren Diskussion folgende konkrete Einzelbedingungen auf:

- Sondernutzungsgebühr i.H.v. 25 Euro pro Fahrzeug pro Quartal
- Konzept, wie viele E-Kleinstfahrzeuge im Free-Floating-Modell insgesamt im Stadtgebiet vorstellbar sind.
- Klärung der Frage zur Verkehrsführung von E-Scootern. Die Nutzung von Gehwegen ist auch vor dem Hintergrund eines Zusatzzeichens „Radfahrende frei“ nicht zulässig.
- Klare Regelungen zur Abstellung der Fahrzeuge und zur Kontrolle
- Steuerung von Abstellflächen

Dem Seniorenbeirat ist es wichtig, dass die E-Kleinstfahrzeuge im abgestellten Zustand auf Gehwegen von seheingeschränkten Personengruppen identifiziert werden können

Beschluss:

Beschluss gemäß Diskussion im Ausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

4./ Einsatz des Geschwindigkeitsmessgerätes
hier: Jahresbericht und Festlegung der Standorte für das Jahr 2023
Vorlage: 66/057/2023

Protokoll:

Weitere Wünsche des Ausschusses zum Einsatz des Geschwindigkeitsmessgeräts:

- Martin-Luther-Straße
- Hochstraße
- Dürerstraße (Höhe Hausnummer 12)
- Kampstraße (zwischen Alleestraße und Zwengenberger Straße)
- Diekermühlenstraße
- Elberfelder Straße (zwischen Schallbruch/Bergische Straße)
- Königgrätzerstraße (vor allem in den Morgenstunden).

Im Zuge der Diskussion werden auch die Geschwindigkeitsüberschreitungsspitzen an ausgewählten Strecken diskutiert. Es besteht Einigkeit, dass die Geschwindigkeitsspitzen, die vor allem nachts erreicht werden, eine große Gefahr darstellen. Es sollte daher ein konzeptioneller Ansatz mit der Polizei und der Verwaltung abgestimmt werden, wie dem Problem begegnet werden kann. Im Rahmen eines TOP im nächsten FOA soll das Lösungskonzept diskutiert werden.

Beschluss:

Nach Beratung im Ausschuss.

Abstimmungsergebnis über die Ergänzungen zur Geschwindigkeitsmessung:

Ja 17 / Nein 0 / Enthaltung 0

Einstimmig beschlossen.

5./ Radweg Sandbachtal

hier: Vorstellung der Vorentwurfsplanung zum Teilabschnitt von Deller Straße bis Erkrather Straße

Vorlage: 66/058/2023

Protokoll:

Klaus-Jürgen Bittermann präsentiert die Machbarkeitsstudie/Vorplanung zum Radweg Sandbachtal im Teilabschnitt Deller Straße bis Erkrather Straße.

- **Meike Stv. Meike Lukat** verlässt die Sitzung in der Zeit von 17: 45 Uhr bis 17:49 Uhr –

- **Reinhard Zipper** übernimmt um 18 Uhr den Platz von Dirk Raabe –

Im Zuge der Diskussion zeichnet sich die Variante 1 als Vorzugsvariante zur Weiterplanung ab. Die GAL lehnt die Führung nach Variante 1 nach aktuellem Stand jedoch ab. Einvernehmen zwischen den Fraktionen und der Verwaltung besteht darin, die Planungen von zwei Varianten voranzutreiben. Im Rahmen eines weiteren Austausches im Ausschuss sollen ebenfalls entsprechende Kosten je Variante dargestellt werden. Darüber hinaus sollen Fördermittel für das Projekt akquiriert werden. Mehrfach angeregt wurde die Anpassung der Querung Hochdahler Straße / Deller Straße. Außerdem ist darauf zu achten, dass keine Konflikte mit Fußgehenden entstehen. Betont wird auch, dass eine Verkehrsführung entlang der Straße Forstweg aufgrund des hohen LKW-Verkehrs nicht verfolgt werden soll.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die vorgestellte Vorentwurfsplanung zum Teilabschnitt Deller Straße bis Erkrather Straße zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

6./ Straßensanierungsprogramm
Hier: Fortschreibung für 2023 ff
Vorlage: 66/059/2023

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss beschließt die Listen des Straßen- und Wegekonzeptes gemäß der Anlagen 1 und 2.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 / Nein 0 / Enthaltung 0
einstimmig angenommen

7./ Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Haan, Radverkehrskonzept
hier: Bericht zum Stand der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen
Vorlage: 66/060/2023

Protokoll:

Die GAL stellt zu folgenden Maßnahmenpunkten Fragen und Anregungen:

Maßnahme Nr. 2 /Bahnhofstraße: Welche Maßnahme ist noch in Bearbeitung?

Guido Mering: Die Verwaltung wurde im Sinne des RVK aufgefordert mit dem Landesbetrieb Straßen NRW (LBS NRW) Kontakt aufzunehmen. Der LBS NRW sollte dazu bewegt werden, Aufstellflächen vor Lichtsignalanlagen (LSA) für Radfahrende zu realisieren und auch hinsichtlich der Erkennung von Radfahrenden durch die LSA_Sensorik Verbesserungen anzuschließen. Wir warten noch auf eine Stellungnahme vom LBS NRW.

Maßnahme Nr. 3/ Kaiserstraße: Ist die Markierung des Schutzstreifens erledigt? Wir sehen die Möglichkeit vor der Landesfinanzschule einen Radschutzstreifen zu markieren.

Guido Mering: Da wo es möglich ist, wird der Radschutzstreifen realisiert. Auch auf Höhe der Landesfinanzschule ist das Markieren eines Radschutzstreifens denkbar

und wurde intern diskutiert. Jedoch würde der Radschutzstreifen nur auf einem kurzen Stück möglich sein. Innerhalb des Fachkreises der Verwaltung haben sich unterschiedliche Meinungen gebildet. Zuletzt entschied die Verwaltung gegen eine Stückelung von Radschutzstreifen. Daher wurde Maßnahme als „erledigt“ protokolliert.

Stv. Andreas Rehm wünscht daraufhin eine fachliche Begründung für die Nichtumsetzung des Radschutzstreifens auf Höhe der Landesfinanzschule.

Maßnahme Nr. 5 / Elberfelder Straße: Eine Beschilderung der Wegeführung (Panoramaradweg) ist nicht ersichtlich.

Guido Mering: Gegenstand der vorliegenden Maßnahme war die Errichtung einer Querungshilfe. Im Rahmen der Maßnahme „Beschilderungskonzept“ wird die Beschilderung an dieser Stelle berücksichtigt.

Maßnahme Nr. 10 / Millrather Straße: Die noch offene Maßnahme wird vom Straßenbaulastträger abgelehnt. Wir fordern eine alternative Verbindung nach Hochdahl. Wir bitten um Mitteilung, welche Alternative denkbar wäre.

Guido Mering: Auch für die Verwaltung ist die ablehnende Haltung des Straßenbaulastträgers ein Ärgernis. Wir müssen unsere Vertreter im Regionalrat auf eine Lösung drängen.

Maßnahme Nr. 19 / Ittertalsstraße: Die Maßnahme wird als „in Bearbeitung“ dargestellt. Erfolgt nun die Umsetzung?

Antwort zum Protokoll:

Der Kreis bearbeitet diesen Punkt im Rahmen seiner Prioritätenliste ab. Da hier keine aufwendigen Umbauarbeiten erforderlich werden, könnte die Maßnahme eventuell vorgezogen werden.

Maßnahme Nr. 39 / Walder Straße: Haben wir die Maßnahme missverstanden, da zurzeit ein rotmarkierter Radschutzstreifen nur im oberen Kurvenbereich existiert und nicht auch im unteren Bereich?

Antwort zum Protokoll:

Der rotmarkierte Radschutzstreifen dient ausschließlich der Sicherung der Radfahrenden im Bereich der uneinsichtigen Kurve. Da die Walder Straße in diesem Bereich eine unechte Einbahnstraße ist, rechnet der von Unten kommende Fahrzeugverkehr nicht mit entgegenkommenden Radfahrenden. Im unteren Bereich der Walder Straße ist der Zweirichtungsverkehr dagegen sofort erkennbar. Eine Rotmarkierung ist daher dort nicht erforderlich.

Maßnahme Nr. 33/ Bollenheide: Wird der aktuelle Zustand weiterhin als „ertüchtigt“ angesehen?

Antwort zum Protokoll:

Der Zustand ist ertüchtigt, aber nicht auf Dauer zufriedenstellend. Daher hat die Verwaltung zur Herstellung einer geeigneten Radwegbefestigung einen Haushaltsansatz in Höhe von 40.000,- € für 2023 in die Beratung gegeben.

Stv. Maik Lukat für die WLH bittet um Mitteilung, wie auf den Baulastträger ausreichend Druck erzeugt werden kann, um eine für Fußgänger und Radfahrende verträgliche Verbindung zwischen Haan und Erkrath-Hochdahl entlang der Millrather Straße geschaffen werden kann. Auf Grundlage einer Verwaltungsvorlage soll über die Vorschläge der Verwaltung im nächsten UMA diskutiert werden.

Stv. Anette Braun-Kohl regt für die CDU an: Die K5/Ittertalsstraße ist nach aktuellem Stand in Bearbeitung. Wurde mit dem Kreis Mettmann vereinbart, dass die Wegeverbindung entlang der Ittertalsstraße für Fußgehende und Radfahrende erweitert werden soll?

Antwort zum Protokoll:

Ja, zuletzt noch einmal mündlich am 09.02.2023.

Ferner regt **Stv. Anette Braun-Kohl** zu den Maßnahmen 18 bis 23 an: Implizieren die Maßnahmen zur Beschilderung der Wegeführung im Rahmen des RVK auch die Betrachtung hinsichtlich des Verkehrsführungskonzepts?

Antwort zum Protokoll:

Es werden alle bereits vorliegende Konzepte sowohl der Stadt, als auch des Kreises berücksichtigt. So sollen eventuell gegenstehende Beschilderungen ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus:

Maßnahme Nr. 50/51: Wurde das schulische Mobilitätsmanagement bereits beauftragt? **Maßnahme Nr. 53:** Kann die Maßnahmenumsetzung terminiert werden?

Antwort zum Protokoll:

Die Maßnahme wird aktuell durch die Verkehrsingenieurin im Tiefbauamt bearbeitet. Die Umsetzung soll bis Mitte des Jahres erfolgen.

Maßnahmen Fahrradstraßen: Es wird darum gebeten die Politik einzubinden.

Stv. Meike Lukat: Die WLH bittet einen eigenen TOP zum nächsten UMA vorzulegen, der das Thema des Rad- und Fußweges entlang der Millrather Straße zum Inhalt hat. Da der Regionalrat Haan nicht priorisiert betrachtet, sollten wir als

Stadt unser Vorhaben zielgerichtet anstoßen. Womöglich wäre auch ein Anschreiben der Bürgermeisterin hilfreich.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Stand der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

8./ Tiefbauamt hier: Sachstandsbericht Projekte Vorlage: 66/056/2023

Protokoll:

Stv. Anette Braun-Kohl: Wann findet hinsichtlich der Sanierung der Ohligser Straße die Bürgerinformationsveranstaltung statt und wann werden wir die Ausführungsplanung sehen?

Guido Mering: Die Ausführungsplanung wird bei der Bürgerinformationsveranstaltung am 06.03.2023 vorgestellt. Bei kleinen Änderungswünschen der Anwohnenden werden wir den Ausschuss informieren.

Stv. Meike Lukat: Zu den Haushaltseinbringungen in der Exceltabelle: Bitte legen Sie einen Veränderungsantrag vor. Es geht um einen reduzierten Ansatz für die Kanalsanierungen. Im Bericht fehlt uns ein Verwaltungsantrag: Welche der angestrebten Planungen werden zurückgestellt? Kommt noch etwas von der Verwaltung?

Doris Abel: Die entsprechenden Planungen werden immer in Absprache mit dem Fachamt gemacht.

Guido Mering: Grundlage allen Handelns ist für die Verwaltung das vom Rat beschlossene Abwasserbeseitigungskonzept (ABK). Notwendige Änderungen erfolgen immer in Abstimmung mit den Aufsichtsbehörden, denen zu berichten ist. Maßnahmenverschiebungen aus rein finanziellen Gründen sind aus Sicht der

Bezirksregierung wegen der Refinanzierung über die Gebühren nicht zulässig

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Sachstand der kommunalen Bauprojekte des Tiefbauamtes (siehe Anlage 1) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

9./ Antrag der WLH vom 01.12.2022
hier: Unfallhäufungsstellen in Haan Sachstand
Vorlage: 66/055/2023

Protokoll:

Stv. Meike Lukat: Am Kreuzungspunkt Polnische Mütze gab es schwere Verkehrsunfälle. Es müssen möglicherweise Nachbewertungen im Rahmen der Unfallkommission durchgeführt werden. An einer großen Kreuzung muss man Maßnahmen ergreifen, um die persönlichen Defizite zu beseitigen und Unfälle zu vermeiden.

Guido Mering: Der Zweck der Unfallkommission ist präventiv tätig zu sein. Kurzfristige Eingriffsmöglichkeiten sind möglich. Ich gehe davon aus, dass die Entscheidungen der Unfallkommission sorgfältig überlegt und verkehrliche Umstände nicht verharmlost werden.

Stv. Jörg Dürr: In Bezug auf die Elberfelder Straße, Abschnitt 8, bitten wir um Aufklärung. Die erlaubte Höchstgeschwindigkeit ist in beiden Fahrrichtungen unterschiedlich.

Guido Mering: Letzteres bereitet auch der SVB Probleme. Es wird bereits seit längerem mit dem Straßenbaulastträger über eine Lösung diskutiert.

Stv. Anette Braun-Kohl: Hinsichtlich der UHS Martin-Luther-Straße/Bismarckstraße sollte die Haltelinie neu markiert und das Freischneiden der Stoppschilder avisiert werden. Hier bitte ich darum, dass Verkehrsschilder auch langfristig von Grün befreit bleiben.

Stv. Andreas Rehm: Das Statistische Amt meldet Unfälle mit Personenschaden im Jahr 2021 auf der Kaiserstraße, der Düsseldorfer Straße Im Sachstandsbericht sind die Punkte nicht wiederzufinden.

Guido Mering: Die Unfallkommission arbeitet auf Basis bestimmter Kriterien. 3 Unfälle innerhalb eines Jahres an einem Ort oder 5 Personenschäden innerhalb von 3 Jahren sind jeweils ein Kriterium zur Aufnahme zu einem Unfallhäufungspunkt. Nur in diesen Fällen werden Unfallpunkte auch zu Unfallhäufungspunkten. Ein weiteres Mittel zur Erkennung von Tendenzen sind wiederholt auftretende Unfälle an gleicher Stelle.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

10./ Antrag der SPD vom 19.12.2022

hier: Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Protokoll:

Stv. Jörg Dürr: Die neue Landesregierung legt im Koalitionsvertrag (S. 107, Zeile 5245) fest, dass die Straßenausbaubeiträge nach dem Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen rückwirkend zum 1. Januar 2018 für die beitragspflichtigen Eigentümerinnen und Eigentümer abgeschafft und die ausbleibenden Einnahmen für die Kommunen landesseitig ersetzt werden sollen. Bis jetzt ist noch nicht viel passiert. Aber als Rat der Stadt Haan werden wir eine unterstützende Stellungnahme in Form einer Resolution vorbringen und möchten uns mit allen Fraktionen auf einen gemeinsamen Text verständigen. Der vorliegende

Entwurf ist ein Angebot und kann geändert werden.

Stv. Anette Braun-Kohl: Wir werden die vorgeschlagene Resolution nicht unterstützen, da sie uns durch die rückwirkende Wirkung finanziell belasten wird.

Stv. Reinhardt Zipper: Die Resolution könnte einfach verpuffen. Daher schlagen wir vor, sie zu erweitern: Die Verwaltung soll beauftragt werden, den Städte- und Gemeindebund aufzufordern, hier tätig zu werden, mit dem Ziel, ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten.

Stv. Meike Lukat: Wir unterstützen das grundsätzliche Anliegen. Wie soll das Ziel erreicht werden? Nur durch eine Resolution? Es wäre effektiver, wenn sich der Rat der Stadt respektive die Bürgermeisterin direkt an die Landesregierung wendet und nachfragt, wie der Zeithorizont für die Umsetzung der Maßnahme aussieht. Ein direktes Anschreiben und eine direkte Rückmeldung wäre die bessere Vorgehensweise. Die Situation ist dringend.

Stv. Andreas Rehm: Es geht um die Kosten für die Bürger. Wir haben kein Bedürfnis, nach einem halben Jahr an den Koalitionsvertrag zu erinnern. Es gibt auch keinen Grund zu der Annahme, dass das Vorhaben nicht umgesetzt wird.

Beschluss:

Beschluss nach Beratung.

Im Rahmen der Diskussion wurde im Folgenden über drei Varianten abgestimmt:

- 1. Variante:** Die Verwaltung wird beauftragt, die Landesregierung im Rahmen einer gemeinsam abgestimmten Resolution und in Form eines Schreibens der Bürgermeisterin an die Landesregierung aufzufordern, dass ein entsprechendes Protokoll 18. Sitzung UMA 25.01.2023 Seite 21 von 30 Gesetzgebungsverfahren zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge im Sinne des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen eingeführt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja 5 / Nein 9 / Enthaltung 3

Mehrheitlich abgelehnt.

2. Variante: Die Verwaltung wird beauftragt, die Landesregierung im Rahmen einer gemeinsam abgestimmten Resolution aufzufordern, dass ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge im Sinne des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen eingeführt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja 4 / Nein 8 / Enthaltung 4

Mehrheitlich abgelehnt.

3. Variante: Die Verwaltung wird beauftragt, den Städte- und Gemeindebund und den Landesminister mit jeweils eigens aufgesetzten Brief aufzufordern bei der Landesregierung zu insistieren, dass ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge im Sinne des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen eingeführt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja 13 / Nein 0 / Enthaltung 4

Einstimmig angenommen.

11./ Antrag der WLH vom 20.11.2022

hier: Verkehrsreduzierende Maßnahmen in der Haaner Südstadt

Protokoll:

Der TOP wird zurückgezogen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, sich gemeinsam mit dem Kreis Mettmann bezüglich der Möglichkeiten des Verbots des LKW-Durchfahrtverkehrs (nur Anlieger frei) ab

dem Kreisverkehr K5, Ittertalsstraße in Fahrtrichtung Haan mit der Bezirksregierung Düsseldorf in Verbindung zu setzen, um hier die Gesundheitsgefährdungen durch Lärm auf der K5 und der B228 zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung.

**12./ Förderrichtlinie Dachbegrünung
hier: Fortführung der Förderung im Jahr 2023
Vorlage: 61/065/2023**

Protokoll:

Stv. Vincent Endereß unterbricht die Sitzung für 3 Minuten von 19:27 bis 19:30 Uhr.

-Peter Hackbeil und Stv. Martin Haesen während der Abstimmung nicht anwesend-

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Haan nimmt als Modellkommune an dem Projekt „Global Nachhaltige Kommune NRW“ teil. Im Rahmen dieser Teilnahme hat der Rat am 25.03.2021 das Handlungsprogramm zur Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Haan beschlossen. Das unter Nr. 4.1.2.1 gelistete städtische Förderprogramm Dachbegrünung soll als Teil des Handlungsprogramms einen Beitrag zur Erreichung des operativen Ziels 4.1.2 und damit zum Ressourcenschutz und zur Klimafolgenanpassung in der Stadt Haan leisten.

Abstimmungsergebnis:

15 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 2 nicht teilgenommen

Einstimmig angenommen.

**13./ Außenanlagen-Umplanung für den Schulneubau Gruitzen
hier: Ersatzneubau der 2-zügigen Grundschule in Gruitzen
Vorlage: 65/046/2023**

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Sachstand der Außenanlagen der Grundschule Gruitzen zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

**14./ Gymnasium Adlerstraße / Außenanlagen
hier: Sachstandsbericht
Vorlage: 65/045/2023**

Protokoll:

Stv. Reinhardt Zipper: Die Maßnahme kostet insgesamt 4,7 Mio. Euro. Wir beantragen, in der aktuellen Situation die geplanten Maßnahmen zu verschieben.

Techn. Bgo. Christine-Petra Schacht: Wir haben bisweilen nur einen Beschluss für Baustein 1. Es geht ausschließlich um die Umsetzung von Baustein 1.

Stv. Vincent Endereß: Daher ist der Antrag obsolet.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Sachstand (siehe Anlage 1) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

**15./ Betriebshof
hier: Sachstandsbericht Projekte
Vorlage: 70/022/2023**

Protokoll:

Stv. Anette Braun-Kohl: Die Submission für das Bauvorhaben Haaner Bachtal ist erfolgt. Kann die Verwaltung das Ergebnis bekannt geben?

Techn. Bgo. Christine-Petra Schacht: Es sind drei Angebote eingegangen. Das günstigste Angebot liegt unter dem veranschlagten Budget. Wir sind zuversichtlich, dass die bereitgestellten Mittel ausreichend sind.

Techn. Bgo. Christine-Petra Schacht: Das Projekt für den Skaterpark Landstraße konnte nicht mit den Fördermitteln realisiert werden. Die bewilligten Fördergelder wurden auf die Cageboardanlage in der Gördelerstraße umgeschichtet. Es muss auch dringend der Bolzplatz saniert werden.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Sachstand der kommunalen Bauprojekte des Betriebshofs (siehe Anlage 1) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

16./ Antrag der WLH vom 02.01.2023

hier: Aktionen zur Stärkung des Baumschutzes: Mein schönster Baum

Beschluss:

In der Gartenstadt Haan werden Aktionen zur Stärkung des Baumschutzes umgesetzt. In 2023 wird mit der Aktion „Mein schönster Baum“ gestartet. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel werden in den Haushalt 2023 ff. eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 6 / Nein 11 / Enthaltung 0

mehrheitlich abgelehnt.

17./ Haushaltsplanberatungen 2023; Umwelt und Mobilität

Vorlage: 20/069/2023

Protokoll:

Aus der Diskussion wurde folgender Beschlussvorschlag eruiert: Die Verwaltung wird beauftragt eine Vorlage zum Thema „Beitritt in das Netzwerk „Lebenswerte Städte und Gemeinden““ zum nächstmöglichen UMA zur weiteren Diskussion vorzulegen.

Beschluss:

Für den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Umwelt und Mobilität werden die in den Produkten genannten Ansätze des Ergebnis- und Finanzplanes wie im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2023 ausgewiesen dem Haupt- und

Finanzausschuss zur Beschlussfassung empfohlen. Über vorliegende Veränderungsanträge zum Haushalt wird nach Beratung eine Empfehlung ausgesprochen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 / Nein 0 / Enthaltung 0

Einstimmig beschlossen.

Hinsichtlich des Organigramms zur Reorganisation des Amts 70 schildert **Techn. Bgo. Christine-Petra Schacht** den bisherigen Verlauf und fasst zusammen:

Die Stellen für 2024 haben größtenteils die gleiche Endung wie die Stellen für 2023. Sie dienen als Ergänzung für die verschiedenen kleineren Bauprojekte. Die Stellen wurden im gemeinsamen Prozess mit der damaligen Amtsleitung des Betriebshofs herausgearbeitet und im internen Workshop besprochen. Die Kfz-Werkstatt im Betriebshof beispielsweise kann aufgrund der personellen Ausstattung nicht genutzt werden. Die Idee ist, Tätigkeiten nicht an externe Dienstleister zu vergeben und die eigenen Gerätschaften effizient zu nutzen. Anfang des Jahres 2022 wurde festgestellt, dass die Aufgaben sehr breit gefächert sind und wenige Schultern zu viel Last tragen. Führungskräfte der zweiten Ebene haben viele Aufgaben und Zuständigkeiten ohne ausreichende Kapazitäten für die Umsetzung. Der Bereich Wald mit 0,1 Stellenanteil ist in der Gärtnermeisterstelle verortet. Unser Vorgehen begann damit, alle Aufgaben erst einmal aufgeschlüsselt und sinnvoll zuzuordnen. Viele Aufgaben können auf das vorhandene Personal abgebildet werden, aber nicht im Bereich Baum und Wald. Der Bereich für die Sicherung von Baum und Wald muss gestärkt werden. Acht Gärtnerstellen sind aktuell mit Hilfgärtnern besetzt, wodurch im letzten Jahr kein Dienstleister notwendig war. Ein weiteres großes Thema ist die Bewirtschaftung des Waldfriedhofs. Hier muss ein Personal ersetzt werden, welches aufgrund von Krankheit längerfristig ausfällt und wahrscheinlich nicht mehr in gleicher Funktion wiederkehren kann. 95% aller Mängelmeldungen betreffen den Betriebshof. Mit nur einer Person ist der Pflegeaufwand für den Waldfriedhof nicht zu leisten. Immer mehr Aufgaben im Hinblick auf den Klimawandel sind nicht leistbar. Es ist außerordentlich wichtig, dass der Waldfriedhof von zwei bis drei Arbeitskräften dauerhaft besetzt wird, einschließlich eines Bestattungsgärtners. Die vorhandenen Aufgaben werden aktuell von nur einem Meister übernommen. Stadtbäume und Forst: Der Gärtnermeister kann aufgrund von Überlastung nicht mehr vor die Welle

kommen. Der Kollege hat uns verlassen. Für unsere Stadtbäume werden ein Baumkontrolleur und ein Baumpfleger benötigt. Eine Person allein reicht nicht aus. Mindestens drei Personen sind für die notwendige Ausrüstung erforderlich. Wir sind nicht in der Lage, ad hoc Maßnahmen durchzuführen. Ein Baumpfleger ist nicht dasselbe wie ein Gärtner, es erfordert eine zusätzliche Fortbildung. Es ist wichtig für die Stadt, dass der Bereich gut aufgestellt ist, insbesondere im Hinblick auf den Klimaschutzwald und die Anpassung an den Klimawandel. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um sich mit den Bäumen in der Stadt auseinanderzusetzen. Es geht um die Sanierung der Stadtbäume, einschließlich standortspezifischer Sanierungen, die aufwändig sein können. Im Hinblick auf das Thema "Schwammstadt" wird ein Fachmann benötigt: Jemand, der das Problem konzeptionell angeht.

Im Zuge der weiteren Beratungen wurde über folgende Produktbereiche abgestimmt:

PB 12 Nr. 21 Amt 66 120110.785200 Lichtsignalanlage Landstraße-Am Bandenfeld

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 /Nein 0 / Enthaltung 0

einstimmig beschlossen

PB 15 P01 WLH Aktionen Baumschutz Mein schönster Baum

Keine Abstimmung wegen des abgelehnten TOP 16.

Die Sitzung wurde um 20:30 Uhr geschlossen. Nachfolgende TOP werden in einer Fortsetzungssitzung weiter besprochen. Abstimmungsergebnis: Keine Abstimmung.